



**Niederschrift der Sitzung des Schulausschusses
am Montag, 14.11.2016 von 18:00 bis 21:52 Uhr
Ort: Kleiner Sitzungssaal, Rathaus am Stadtpark**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Wilhelm Bohnstengel	SPD	
--------------------------	-----	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Eike Baran	SPD	
Herr Tobias Bögershausen	Lehrervertreter	
Herr Christoph Böhmann	CDU	
Frau Melanie Buhr	SPD	
Frau Heike de Buhr	SPD	
Frau Silke Diekhaus	CDU	
Herr Kevin Emken	Schülervertreter	
Frau Katrin Hardenberg		
Frau Marlies Preuth	CDU	
Herr Hubert Schrand	SPD	
Herr Gerd Stratmann	CDU	
Herr Andreas Taming	FDP	ab TOP 6
Frau Marianne von Garrel	CDU	
Herr Matthias Wallschlag	CDU	

Zuhörer/in

Herr Karl-Heinz Krone	CDU	TOP 5 Vertretung für Herrn Taming
-----------------------	-----	-----------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Andreas Tegeler	Beirat für Menschen mit Behinderung	
----------------------	-------------------------------------	--

Verwaltung

Frau Heidrun Hamjediers		
Frau Marina Meemken		
Herr Sven Stratmann	Bürgermeister	

Abwesend:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Wilhelm Bohnstengel eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Schulausschusses, insbesondere die Vertreter der Eltern, Schüler und Lehrer, den Vertreter des Beirates für Menschen mit Beeinträchtigungen, die Mitglieder der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse und die Zuhörer. Herr Bohnstengel stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die letzte Sitzung des Schulausschusses am 06.04.2016

Die Niederschrift über die letzte Sitzung vom 06.04.2016 wird bei vier Enthaltungen genehmigt.

**TOP 3 Verpflichtung von nicht dem Rat angehörenden Mitgliedern des Schulausschusses
Vorlage: BV/276/2016**

Bürgermeister Sven Stratmann begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter der Eltern, Schüler und Lehrer sowie das beratende Mitglied aus dem Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen.

Er verpflichtet daraufhin den Schülervertreter Kevin Emken, den Lehrervertreter Tobias Bögershausen und die Elternvertreterin Katrin Hardenberg unter Hinweis auf ihre nach den §§ 40 – 42 NKomVG obliegenden Pflichten per Handschlag.

TOP 4 Mitteilungen

TOP 4.1 Montessori-Konzept in der Grundschule Neuscharrel Vorlage: MV/279/2016

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erläutert, dass der Schulelternrat der Grundschule Neuscharrel einen Antrag auf Einführung der Montessori-Pädagogik gestellt habe. Hintergrund ist, dass sehr wenige Kinder in der Grundschule Neuscharrel beschult werden. Momentan ist die Schule nur halbzügig, dies wird sich nach der Bevölkerungsentwicklung in Neuscharrel auch zukünftig nicht ändern. Der Antrag wurde seitens der Verwaltung geprüft. Grundsätzlich ist eine Umsetzung denkbar. Eine Montessori-Schule könnte für das gesamte Stadtgebiet geöffnet werden (ein Schulbezirk). Derzeit stehen noch Gespräche mit der Landesschulbehörde zur Umsetzung an. Es hat bereits eine Informationsveranstaltung mit einem Schulleiter einer Montessori-Schule stattgefunden.

Ratsherr Gerd Stratmann erkundigt sich nach dem Übergang zu einer weiterführenden Schule nach dem Besuch einer Montessori-Grundschule.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt, dass dies eines der Probleme ist, die noch zu klären seien. Grundsätzlich stellt die Montessori-Pädagogik eine andere Methode da, so dass es beim Übergang zu den weiterführenden Schulen zu einem Bruch kommt. Das Wichtigste sei jedoch, dass es Lehrkräfte gibt, die ein Konzept erarbeiten und dies auch leben.

TOP 4.2 Bau einer Mensa an der Heinrich-von-Oytha-Schule Sachstandsbericht Vorlage: MV/281/2016

Vorsitzender Wilhelm Bohnstengel erläutert kurz die Beschlüsse der letzten Sitzungen.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers ergänzt, dass die Entscheidungen zum Mensabau in einem Arbeitskreis getroffen wurden. Anhand von Plänen erläutert sie den geplanten Standort, den Grundriss sowie die Ansichten. Die jetzige Situation sei, auch unter hygienischen Gesichtspunkten, nicht mehr tragbar. Die Ausschreibungen werden derzeit vorbereitet, so dass die Bauphase am Anfang des nächsten Jahres beginnen kann. Die Planungen weisen Kosten in Höhe von insgesamt 656.000,00 € aus. Mit diesem Bau wird eine gute Lösung für die Schülerinnen und Schüler der Heinrich-von-Oytha-Schule geschaffen.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers teilt mit, dass die SPD-Fraktion mit heutigem Datum einen Antrag zur Erstellung eines Konzeptes zur zukünftigen Entwicklung der Grundschulstandorte in Friesoythe gestellt hat. Dieser wird in der nächsten Schulausschusssitzung thematisiert.

Anmerkung: Ratsherr Karl-Heinz Krone übernimmt die Vertretung für den abwesenden Ratsherrn Andreas Tameling.

TOP 5 Einrichtung eines Ganztagsangebotes an der Grundschule Gehlenberg Vorlage: BV/240/2016

Der Ausschussvorsitzende Wilhelm Bohnstengel verliest die Beschlussvorlage und bittet die Erste Stadträtin die Unterschiede zwischen einer offenen und einer gebundenen Ganztagschule kurz darzustellen.

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt, dass die Eltern bei einer offenen Ganztagschule frei wählen können, ob ihr Kind am Nachmittagsunterricht teilnimmt. Bei einer gebundenen oder

teilgebundenen Ganztagschule wird verpflichtender Nachmittagsunterricht erteilt. Damit kann der Schulalltag anders gestaltet werden.

Ratsherr Eike Baran sieht die Anträge auf Einrichtung des Ganztagschulbetriebes sehr positiv. Er erklärt, dass die Stadt nun den Rückstand aufholen kann. Dennoch ist er der Meinung, dass den Ausschussmitgliedern ein Überblick fehlt, um bei verschiedenen schulischen Problemen (z.B. Medienausstattung, bauliche Veränderungen) fundierte Entscheidungen treffen zu können. Daher habe die SPD-Fraktion den unter Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ erwähnten Antrag zur Erstellung eines Gutachtens zur Entwicklung der Schullandschaft gestellt. Für ihn sei es noch fraglich, ob die Landesschulbehörde fünf Ganztagschulanträgen aus einer Stadt in einem Schuljahr zustimmt.

Vorsitzender Wilhelm Bohnstengel erklärt in diesem Zusammenhang, dass eine Schulbereisung und –besichtigung unbedingt stattfinden sollte.

Ratsherr Karl-Heinz Krone erläutert, dass der Elternwille, der aus den Umfragen deutlich wird, unterstützt werden müsse.

Ratsherr Christoph Böhmann erkundigt sich nach den Kosten. In den Sitzungsvorlagen seien nur die Kosten für die Einrichtung von Mensen berücksichtigt worden. Aus den Konzepten könne man jedoch lesen, dass weitere Investitionen (z.B. Sitzgruppe) notwendig werden.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt, dass die Verwaltung sich derzeit nur mit der Erfüllung der Pflichtaufgaben, sprich der Mittagsversorgung, auseinander gesetzt hat.

Ratsherr Christoph Böhmann fasst zusammen, dass demnach weitere Kosten entstehen können. Die Ganztagsbetreuung sieht er als sehr wichtige Unterstützung für Familien.

Bürgermeister Sven Stratmann erläutert, dass der Bereich Bildung für die Stadt Friesoythe sehr wichtig ist. Die Erfüllung der Pflichtaufgaben und darüber hinaus gehende Investitionen sind die Grundlage für eine zukunftsfähige Schullandschaft. Mit der Umwandlung der Bekenntnisschulen wurde der erste Schritt gemacht. Nun muss weiterhin dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung getragen werden.

Vorsitzender Wilhelm Bohnstengel stimmt dem zu. Der Bedarf an Ganztagschulen und den erforderlichen Investitionen steigt stetig an.

Bürgermeister Sven Stratmann führt weiter aus, dass die Anträge mit den Konzepten der Schule bis zum 01.12.2016 der Landesschulbehörde vorliegen müssen. Er lobt die Arbeit der Schulleitungen und der Eltern in den Schulen. Dennoch gibt er zu bedenken, dass Aufwand und Kosten Berücksichtigung finden müssen.

Vorsitzender Wilhelm Bohnstengel erklärt, dass der Verwaltungsausschuss am 20. April 2016 diesbezüglich die Anzahl der Teilnehmer am Ganztagsunterricht bzw. am Mittagessen auf 20 Schülerinnen und Schüler festgesetzt hat. Diese Teilnehmerzahl wird von allen Schulen, die die Ganztagsbetreuung beantragt haben, nach derzeitigen Prognosen erreicht.

Anmerkung: Ratsherr Andreas Taming ist eingetroffen. Sein Vertreter Ratsherr Karl-Heinz Krone geht zurück in den Zuhörerbereich.

Der Schulausschuss empfiehlt einstimmig folgende Beschlussfassung:

Die Stadt Friesoythe stimmt dem Antrag der Grundschule Gehlenberg auf Einrichtung eines Ganztagschulangebotes (offene Ganztagschule) zum 01. August 2017 zu. Dem von der Schule vorgestellten Konzept für die Einrichtung der Ganztagschule wird zugestimmt.

Ratsherr Andreas Taming spricht die Lehrerversorgung an der Grundschule am Markatal an, diese liege bei ca. 78 %. Er gibt zu bedenken, ob ein Ganztagsangebot bei einer solch niedrigen Versorgung sinnvoll ist und fragt nach, ob die Betreuung am Nachmittag nur von Lehrkräften übernommen wird.

(Anmerkung: Nach Statistik der Landesschulbehörde aus August 2016 liegt die Unterrichtsversorgung bei ca. 85 %.)

Vorsitzender Wilhelm Bohnstengel erklärt, dass Kooperationen und Vertragspartner zur Betreuung der Kinder am Nachmittag üblich sind.

Ratsherr Gerd Stratmann erkundigt sich nach der Finanzierung des Ganztagsunterrichts.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erläutert, dass jede Ganztagschule ein Budget bekommt, von dem sie beispielsweise pädagogisches Personal bezahlt werden kann.

Die Schulleiterin der Ludgeri-Schule Anita Kl. Schlarman ergänzt, dass der Kernunterricht zuerst bedient wird. Das Budget richtet sich nach den angemeldeten Teilnehmerzahlen. Dementsprechend stehen auch Lehrerstunden zur Verfügung, die zum Teil kapitalisiert werden können.

Vorsitzender Wilhelm Bohnstengel erklärt, dass die Beaufsichtigung der Kinder notwendig sei, insbesondere auch beim Mittagessen. Dies ist Teil des Ganztagskonzeptes.

Der Schulleiter der Realschule Hermann Meemken fügt hinzu, dass es häufig schwierig ist, Vertragspartner zu finden. Das Land habe darauf reagiert und das Lehrerbudget erhöht. Die Finanzierung der Mensa bleibt Aufgabe der Kommune.

Der Schulausschuss richtet einstimmig folgenden Beschlussvorschlag an den Verwaltungsausschuss:

Die Stadt Friesoythe stimmt dem Antrag der Grundschule am Markatal auf Einrichtung eines Ganztagsangebots (offene Ganztagschule) zum 01. August 2017 zu. Dem von der Schule vorgestellten Konzept für die Einrichtung der Ganztagschule wird zugestimmt.

**TOP 7 Einrichtung eines Ganztagsangebotes an der Grundschule Kampe
Vorlage: BV/248/2016**

Ratsfrau Marianne von Garrel erklärt, dass die CDU-Fraktion den Antrag der Grundschule Kampe unterstützt.

Auf Antrag des Vorsitzenden empfiehlt der Schulausschuss einstimmig folgende Beschlussfassung:

Die Stadt Friesoythe stimmt dem Antrag der Grundschule Kampe auf Einrichtung eines Ganztagsangebots (offene Ganztagschule) zum 01. August 2017 zu. Dem von der Schule vorgestellten Konzept für die Einrichtung der Ganztagschule wird zugestimmt.

**TOP 8 Einrichtung eines Ganztagsangebotes an der Gerbert-Schule Altenoythe
Vorlage: BV/252/2016**

Ratsfrau Melanie Buhr erkundigt sich, ob die Grundschüler der Gerbert-Schule die geplante Mensa der Heinrich-von-Oytha-Schule mitnutzen sollen. Dies wird von der Ersten Stadträtin Heidrun Hamjediers bejaht.

Der Schulausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig:

Die Stadt Friesoythe stimmt dem Antrag der Grundschule Gerbert-Schule Altenoythe auf Einrichtung eines Ganztagsangebotes (offene Ganztagschule) zum 01. August 2017 zu. Dem von der Schule vorgestellten Konzept für die Einrichtung der Ganztagschule wird zugestimmt.

TOP 9 Einrichtung eines Ganztagsangebotes an der Grundschule Mittelsten-Thüle
Vorlage: BV/253/2016

Vorsitzender Wilhelm Bohnstengel übergibt das Wort an die Schulleiterin der Grundschule Mittelsten-Thüle, Frau Rolfes, die das Konzept der Schule vorstellen möchte. Frau Rolfes erklärt, dass die Grundschule Mittelsten-Thüle die Einführung einer teilgebundenen Grundschule beantragt hat. Im Januar dieses Jahres hat die Landesschulbehörde in der Grundschule eine Informationsveranstaltung für die Eltern durchgeführt, die auf eine sehr hohe Resonanz gestoßen sei. 100 % der Eltern haben der Einführung einer teilgebundenen Ganztagschule zugestimmt. Zum Schuljahr 2017/2018 soll damit für alle Jahrgänge verpflichtender Nachmittagsunterricht am Dienstag und Donnerstag stattfinden. Der Schulalltag soll anders rhythmisiert werden. Am Vormittag kann ein Modul, z.B. Präventionsarbeit gelegt werden, am Nachmittag findet dann wiederum Pflichtunterricht, wie z.B. Kunst, Musik oder Werken statt. Der Mittagstisch soll beim Gasthof Sieger oder im Vereinsheim des SV Thüle e.V. eingenommen werden.

Ratsfrau Melanie Buhr hebt die 100 %-ige Zustimmung hervor; mit der teilgebundenen Grundschule hätte die Grundschule Mittelsten-Thüle ein Alleinstellungsmerkmal.

Ratsfrau Marlies Preuth erklärt, dass die Vereinsarbeit an der Grundschule Mittelsten-Thüle sehr gut funktioniert. Es gebe beispielsweise eine Kooperation mit dem Musikverein, der der Grundschule Instrumente zur Verfügung stellt. Diese Kooperationen seien in Zukunft, in Bezug auf die Ausgestaltung der Ganztagsbetreuung, aber auch für die Vereine von großer Bedeutung.

Bürgermeister Sven Stratmann unterstützt diese Aussage und erklärt, dass es positiv ist, dass sich derzeit so viele Grundschulen auf den Weg machen. Diese können Erfahrungen austauschen und damit Chancen nutzen.

Der einstimmige Beschlussvorschlag an den Verwaltungsausschuss lautet:

Die Stadt Friesoythe stimmt dem Antrag der Grundschule Mittelsten-Thüle auf Einrichtung eines Ganztagsangebotes (teilgebundene Ganztagschule) zum 01. August 2017 zu. Dem von der Schule vorgestellten Konzept für die Einrichtung der Ganztagschule wird zugestimmt.

TOP 10 Fortsetzung der Schulsozialarbeit 2017
Vorlage: BV/241/2016

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt, dass die Schulsozialarbeit ein langwieriges Thema ist. In der Vergangenheit wurden Stellen aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes, der ehemaligen Hauptschulprofilierung und aus kommunalen Mitteln des Landkreises und der Stadt finanziert. Nun hat das Land Niedersachsen die Aufgabe der Schulsozialarbeit als eigene anerkannt und der Realschule sowie der Heinrich-von-Oytha-Schule jeweils eine $\frac{3}{4}$ - Stelle zugesprochen. Die Heinrich-von-Oytha-Schule hat zusammen mit der Stadt einen Antrag auf Aufstockung der Stelle gestellt.

Ratsherr Christoph Böhmann bittet darum eine Bedarfsermittlung für alle städtischen Schulen aufzustellen, insbesondere sollen dabei auch die Grundschulen einbezogen werden.

Bürgermeister Sven Stratmann erläutert, dass die Schulsozialarbeit in den Treffen der Hauptverwaltungsbeamten häufig Thema gewesen sei. Er betont ausdrücklich, dass die Zuständigkeit beim Land Niedersachsen liegt. Dennoch wurde in der Hauptverwaltungsbeamtenrunde beschlossen, die Schulsozialarbeit weiterhin zu unterstützen, da die Stellen des Landes aus Sicht der Schulen nicht ausreichen. Außerdem sei es wichtig, die Fachkräfte, die teilweise seit mehreren Jahren in der Sozialarbeit tätig sind, zu behalten, um eine Kontinuität für die Schülerinnen und Schüler her-

stellen zu können. Bürgermeister Sven Stratmann fügt hinzu, dass derzeit noch Verhandlungen zwischen dem Niedersächsischem Städte- und Gemeindebund sowie dem Land Niedersachsen laufen. Die jetzige Verteilung wurde unter den Schulleitungen besprochen. Im vergangenen Jahr wurden beim Land auch Sozialarbeiterstellen für Grundschulen geschaffen, dabei ist die Stadt Friesoythe aus nicht bekannten Gründen nicht berücksichtigt worden.

Lehrervertreter Tobias Bögershausen erkundigt sich nach der Verteilung der Stunden. Die meisten Stunden hätten die Realschule und die Heinrich-von-Oytha-Schule erhalten. Er schlägt vor eine Stundenverteilung nach Schülerzahlen vorzunehmen, ähnlich wie in Cloppenburg.

Vorsitzender Wilhelm Bohnstengel hakt nach, ob eine freie Planung oder eine Verteilung der zugesprochenen Stunden bzw. Stellen erfolgen soll. Seinerzeit sei die Verteilung unter den Schulleitungen besprochen worden.

Ratsherr Christoph Böhmman erklärt, dass er eine grundsätzliche Bedarfsermittlung für alle städtischen Schulen wünscht. Über die Verteilung von Personal oder die Finanzierung müsste man sich im Nachhinein Gedanken machen.

Ratsfrau Melanie Buhr gibt zu bedenken, dass die Bedarfsermittlung und die Verteilung der Stunden sehr schwierig ist. Es sei jedoch sehr wichtig auch den Bedarf an den Grundschulen festzustellen. Hier müsse man frühzeitig ansetzen, um die Kinder auf den richtigen Weg zu bringen.

Bürgermeister Sven Stratmann fragt nach, nach welchen Kriterien der Bedarf an Schulsozialarbeit ermittelt werden soll. Ein festes Kontingent anhand von Schülerzahlen sieht er sehr kritisch. Dann würde ein Sozialarbeiter an einer kleinen Grundschule beispielweise für 1 Stunde / Woche abgeordnet werden. Dennoch stimmt er Ratsfrau Melanie Buhr zu und sieht einen Bedarf an den Grundschulen, um einen guten Grundstock zu legen. Herr Stratmann verdeutlicht nochmal, dass die Schulsozialarbeit Landesaufgabe ist und die Kommunen schon einen Schritt auf das Land zugegangen sind.

Ratsfrau Marianne von Garrel erläutert, dass die Schulsozialarbeit sehr wichtig ist und daher unbedingt fortgesetzt werden sollte.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers gibt den Hinweis, dass Stellenanteile der durch das Land finanzierten Stellen (auch Anstellungsträger) nicht auf andere Schulen verteilt werden können. Diese sind explizit den beiden Schulen zugeordnet. Lediglich die zusätzlich voraussichtlich durch den Landkreis und der Stadt Friesoythe finanzierte Stelle könnte aufgeteilt werden.

Ratsherr Christoph Böhmman führt aus, dass durch die Übernahme der Stellen durch das Land Einsparungen für die Stadt entstehen. Dieses Geld sollte man für die Schulsozialarbeit an den Grundschulen einsetzen.

Bürgermeister Sven Stratmann weist eindrücklich darauf hin, dass es sich nicht um Einsparungen handelt. Die Schulsozialarbeit ist durch die Stadt zusätzlich als freiwillige Aufgaben finanziert worden. In der derzeitigen Haushaltslage muss sich die Stadt auf ihre Pflichtaufgaben konzentrieren. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung können nur diese Pflichtaufgaben erfüllt werden.

Vorsitzender Wilhelm Bohnstengel verdeutlicht, dass die Haushaltslage der Stadt sehr schlecht ist und der Landkreis Sparmaßnahmen auferlegt hat. Er schlägt vor die „Einsparungen“ zum Vorjahr in den Haushaltsberatungen zu thematisieren, um diese ggf. an anderer Stelle für Schulen einzusetzen.

Ratsherr Andreas Taming erklärt, dass eine Bedarfsanalyse durchgeführt werden sollte, die Finanzierung müsste später, in Absprache mit dem Land, geklärt werden.

Ratsherr Gerd Stratmann erkundigt sich, ob es beim Land Niedersachsen einen Standardschlüssel zur Berechnung der Sozialarbeiterstellen gibt.

Schulleiter Hermann Meemken verneint dies. Eine gerechte Verteilung gibt es momentan in seinen Augen nicht.

Ratsfrau Melanie Buhr plädiert für eine interne Lösung unter den Schulleitungen, da es schwierig ist von außen den Bedarf festzustellen.

Vorsitzender Wilhelm Bohnstengel pflichtet den Aussagen von Frau Buhr bei und bittet die Verwaltung einen Termin mit allen Schulleitungen zu organisieren, um die Wünsche und den Bedarf festzustellen.

Ratsherr Christoph Böhmann stellt den Antrag den Beschlussvorschlag um folgende Aussage zu ergänzen: Für alle städtischen Schulen soll der Bedarf an Schulsozialarbeiterstellen ermittelt werden, insbesondere sollen die Grundschulen Berücksichtigung finden.

Bürgermeister Sven Stratmann bittet darum, die Verhandlungen zwischen Städte- und Gemeindebund und dem Land abzuwarten. Es sollte eine Anfrage an das Land bezüglich der Grundschulversorgung gestellt werden. Eine Abfrage der Schulleitungen wird von der Verwaltung organisiert.

Ratsherr Andreas Tameling macht den Vorschlag bei der Feststellung des Bedarfs an Schulsozialarbeiterstunden auch die Lehrerversorgung in einem Soll- / Ist-Vergleich aufzunehmen.

Vorsitzender Wilhelm Bohnstengel erklärt, dass die Lehrerversorgung nicht Thema der Stadt, sondern des Landes sei.

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers schlägt vor zu den zukünftigen Schulausschusssitzungen den schulfachlichen Dezernenten der Landesschulbehörde einzuladen, so dass dieser zu Themenbereichen des Landes Auskunft geben kann. Dieser Vorschlag stößt auf Zustimmung.

Auf Antrag des Ratsherren Christoph Böhmann empfiehlt der Schulausschuss folgenden Beschluss:

Die Stadt Friesoythe führt im Jahr 2017 die Schulsozialarbeit in der bisherigen Form weiter. Zwei Stellen werden dabei vom Land Niedersachsen finanziert. Die voraussichtlich vom Landkreis Cloppenburg zur Verfügung gestellten Mittel werden für die Beschäftigung von zwei sozialpädagogischen Fachkräften, die vom Caritas-Sozialwerk St. Elisabeth eingestellt werden, und für Aufführungen von Theaterstücken an den Grundschulen eingesetzt. Die Mittel zur Finanzierung der Stellen werden im Haushalt 2017 bereitgestellt.

Für die Schulen in städtischer Trägerschaft soll eine Bedarfsermittlung erfolgen, die mit einer Anfrage an die Schulleitungen beginnen soll. Darüber hinaus sollen Informationen beim Land Niedersachsen zur Berechnung der Stellenzuweisungen eingeholt werden.

**TOP 11 Raumsituation an der Heinrich-von-Oytha-Schule
Vorlage: BV/274/2016**

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt, dass die Raumproblematik bereits lange Thema ist. Hier sind Grundsätze festzulegen, um einen einheitlichen Maßstab zu haben. Erstmal müsse die geplante Mensa fertiggestellt werden, um sich danach den Raumproblemen zu widmen.

Ratsfrau Marianne von Garrel stimmt der Ersten Stadträtin zu und möchte den Bau der Mensa abwarten. Die derzeit als Mensa genutzten Räumlichkeiten stehen dem allgemeinen Schulbedarf nach dem Neubau wieder zur Verfügung. Sie bittet um Erstellung eines Standardraumprogrammes.

Bürgermeister Sven Stratmann fügt hinzu, dass ein Standardraumprogramm für alle Schulen sehr wichtig ist, um eine gerechte Verteilung zu schaffen.

Der Schulausschuss empfiehlt einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

Der Antrag der Heinrich-von-Oytha-Schule wird zurückgestellt, bis sich die Stadt Friesoythe auf ein Standardraumprogramm verständigt hat.

TOP 12 Antrag auf Beschaffung von Spielgeräten für den Schulhof der Heinrich-von-Oytha-Schule
Vorlage: BV/277/2016

Ratsfrau Marianne von Garrel ist auch bei der Anschaffung von Spielgeräten der Meinung den Bau der Mensa abzuwarten. Sie bittet dennoch darum im Haushalt 2017 20.000,00 € für die Anschaffung von Spielgeräten aufzunehmen.

Bürgermeister Sven Stratmann erklärt, dass die Gestaltung der Außenbereiche der Schulen eine wichtige Aufgabe sei. Dennoch müsste zunächst die Finanzierung gesichert sein.

Auf Antrag des Vorsitzenden Wilhelm Bohnstengel empfiehlt der Schulausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Über den Antrag der Elternschaft der Heinrich-von-Oytha-Schule, Oberschule Friesoythe, vom 17.09.2015 auf Beschaffung von Spielgeräten für den Schulhof der Heinrich-von-Oytha-Schule wird beraten, wenn entsprechende Haushaltsmittel eingeplant sind und der Zeitrahmen für die Umsetzung feststeht.

TOP 13 Schließung des Sportplatzes an der Realschule sowie des Spielplatzes an der Marienschule
Vorlage: BV/275/2016

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt, dass der Spielplatz an der Marienschule und der Sportplatz an der Realschule der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Leider sind bei der Verwaltung vermehrt Beschwerden über Müll, insbesondere Scherben und Verschmutzungen zugegangen worden, so dass eine erneute Schließung erforderlich ist. Sie wünscht sich, dass Plätze zukünftig z.B. einsehbar gestaltet werden, so dass eine Sozialkontrolle erfolgt.

Ratsfrau Melanie Buhr beschreibt, dass Jugendliche einen Platz benötigen, an dem sie sich aufhalten können. Mit dem Abschließen verschiedener Plätze verlagern sich die Probleme nur. Sie schlägt vor, ein Hinweisschild aufzustellen, das deutlich macht, dass der Platz geschlossen werden muss, wenn weiterhin eine Verschmutzung erfolgt.

Ratsherr Eike Baran unterstützt diese Idee und schlägt die Zusammenarbeit mit dem Präventionsrat vor.

Ratsherr Matthias Wallschlag sieht die Schließung ebenfalls negativ. Er schlägt vor, die Polizei und das Ordnungsamt zu informieren, die vermehrt die genannten Plätze kontrollieren sollen.

Bürgermeister Sven Stratmann erklärt, dass diese Maßnahmen bereits umgesetzt wurden, sich jedoch keine Verbesserung eingestellt habe. Jugendliche müssen sich frei bewegen können. Die Errichtung von Zäunen und abgeschlossenen Anlagen sei langfristig keine Lösung. Die Plätze sollten einsehbar gemacht werden (z.B. durch kleine Hecken), damit eine Sozialkontrolle durch Erwachsene erfolgen kann.

Ratsherr Christoph Böhmann stellt den Antrag den Beschlussvorschlag abzulehnen und den Spielplatz sowie den Sportplatz nicht abzuschließen, sondern andere geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Auf Antrag des Ratsherren Christoph Böhmann wird der Beschlussvorschlag einstimmig bei einer Enthaltung abgelehnt.

TOP 14 Umzug der Ludgeri-Schule an die Dr.-Niermann-Straße
Vorlage: BV/280/2016

Der Vorsitzende Wilhelm Bohnstengel schlägt vor, die beiden betroffenen Schulen zu besichtigen.

Bürgermeister Sven Stratmann erläutert, dass zunächst ein Arbeitskreis gegründet werden soll, der sich intensiv mit den Folgeplanungen auseinandersetzt. Eine Begehung und die Einbeziehung der Schulleitungen seien dabei sehr wichtig. Die Verwaltung hat sich in den vergangenen Monaten intensiv mit den Umzugsplanungen und möglichen Alternativen beschäftigt. Die Arbeiten sind immer unter der Prämisse das bestmögliche für die Schülerinnen und Schüler zu erreichen erledigt worden.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt anhand einer Powerpoint-Präsentation die räumlichen Gegebenheiten an der Barßeler Straße und an der Dr.-Niermann-Straße (die Poweppoint-Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt). Einleitend erläutert sie, dass im Stadtgebiet Friesoythe im Grundschulbereich mindestens eine 6-Zügigkeit zukünftig bestehen bleibt. Diese sind an 2 Standorten (Marienschule und Ludgeri-Schule) unterzubringen. Nach den alten „angenommenen Schuleinzugsbereichen“ ergibt sich momentan eine 4-Zügigkeit bei der Ludgeri-Schule und eine 2-Zügigkeit bei der Marienschule. Anhand der vorhandenen Räumlichkeiten und mit dem Hinweis auf mögliche Änderungen (z.B. Änderung Klassenteiler) macht Frau Hamjediers deutlich, dass der Standort an der Ludgeri-Schule nicht einmal für eine 3-Zügigkeit ausreicht. Anders sieht es an der Dr.-Niermann-Straße aus; hier könnte mit einigen baulichen Veränderungen eine 4-zügige Grundschule untergebracht werden. Außerdem bietet der Standort weitere positive Aspekte, wie die Nähe zur Sporthalle, die gemeinsame Mensanutzung mit der Realschule oder eine bessere Anfahrsituation. Die vorhandenen und zum Teil nicht genutzten Kapazitäten sollen genutzt werden.

Mit dem Landkreis Cloppenburg, der Teile der Berufsbildenden Schule (BBS) an dem Standort Dr.-Niermann-Straße untergebracht hat, wurde ein Gespräch geführt. Dieser wäre mit der Vorgehensweise einverstanden und befürwortet sogar die Zusammenführung der BBS an 2 Standorten. Da es sich bei der Ausstattung der Schulen um eine Pflichtaufgabe handelt, ist die Kommunalaufsicht mit der Verwirklichung des Projektes einverstanden. Wichtig ist es der Ersten Stadträtin eine Verbesserung für die Schülerinnen und Schüler der Ludgeri-Schule herbeizuführen. Der Beschlussvorschlag soll der Verwaltung die weitere Richtung vorgeben. Sie bittet, den Arbeitskreis nicht zu groß zu bilden.

Ratsherr Eike Baran sieht derzeit starke Bedenken bei der Umsetzung des Umzuges und bei der Bildung des Arbeitskreises, da den Ratsmitgliedern zu wenige Informationen vorliegen. Er möchte den möglichen Umzug in der nächsten Schulausschusssitzung thematisieren, nachdem eine Be- reisung stattgefunden hat.

Ratsfrau Melanie Buhr beantragt die Absetzung bzw. die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes, um zuerst eine Schulbegehung durchzuführen.

Ratsherr Gerd Stratmann erkundigt sich, wie das Gebäude an der Barßeler Straße nach einem möglichen Umzug genutzt werden kann.

Bürgermeister Sven Stratmann erklärt, dass der Landkreis dieses Gebäude voraussichtlich nicht nutzen möchte. Eine spätere Nutzung soll im Nachgang beraten werden. Ende Januar soll eine weitere Schulausschusssitzung zum Thema Haushalt 2017 stattfinden. Dieser muss dann vom Landkreis genehmigt werden.

Bürgermeister Stratmann gibt zu bedenken, dass weitere zeitliche Verzögerungen dem Wohl der Kinder entgegenstehen und bittet darum das Verfahren nicht zu entschleunigen. Mit einer zweijährigen Planungs- und Bauphase muss gerechnet werden.

Ratsherr Gerd Stratmann fragt an, ob Gespräche mit den Schulleitungen geführt wurden.

Bürgermeister Sven Stratmann erklärt, dass bereits mehrere Gespräche mit beiden Schulleitungen geführt wurden; bei dem die Realschule auf die möglichen Einschnitte hingewiesen wurde. Die Planungen sind jedoch keinesfalls abgeschlossen.

Vorsitzender Wilhelm Bohnstengel sieht ebenfalls, dass das Raumangebot momentan nicht ausreicht und zwei Standorte für eine Grundschule nicht tragbar sind. Aus seiner Sicht kann nur mit der Vorarbeit der Verwaltung und einer Schulbesichtigung eine Entscheidung getroffen werden.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erinnert an den Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 20.04.2016 mit dem die Verwaltung beauftragt wurde den Umzug der Ludgeri-Schule an die Dr.-Niermann-Straße planerisch vorzubereiten. Dass der Ausschuss nun alles in Frage stellt und offen lässt, kann sie nicht nachvollziehen.

Ratsherr Eike Baran möchte den Arbeitskreis nicht „Umzug der Ludgeri-Schule an die Dr.-Niermann-Straße“ nennen, sondern Arbeitskreis „Ludgeri-Schule“, um das Ergebnis offen zu lassen.

Bürgermeister Sven Stratmann unterstützt die Aussage der Ersten Stadträtin und schlägt vor, die Besichtigung möglichst kurzfristig auf einen Samstag zu terminieren. Im Anschluss findet dann eine Sonder-Schulausschusssitzung statt. Die Anzahl der Personen im Arbeitskreis sollte dennoch festgelegt werden.

Ratsfrau Melanie Buhr betont, dass sie keinen Stillstand verursachen wollen, es jedoch schwer sei Entscheidungen zu treffen, ohne die Räumlichkeiten zu kennen.

Ratsherr Gerd Stratmann möchte nicht sofort einen Arbeitskreis bilden, wenn der Umzug noch nicht beschlossen wurde.

Ratsfrau Heike de Buhr bittet die anwesenden Schulleitungen bei der Begehung konkret Probleme und Schwierigkeiten vor Ort anzusprechen bzw. zu zeigen und realistische Darstellungen zu machen.

Das Gremium einigt sich nach längerer Diskussion darauf jeweils 3 Mitglieder der Schulen (Schulleitung, Konrektor/in, Elternvertreter) sowie 5 Ratsmitglieder (3 aus CDU/FDP-Fraktion, 2 aus SPD-Fraktion) in den Arbeitskreis zu entsenden.

Dieser Tagesordnungspunkt wird einstimmig auf die nächste Sitzung des Schulausschusses verschoben, da zunächst eine Besichtigung der Ludgeri-Schule und der Realschule erfolgen soll.

TOP 15 Inklusive Schule Caritas Verein Altenoythe e.V. Vorlage: BV/271/2016

Vorsitzender Bohnstengel erläutert, dass der Schulausschuss des Landkreises Cloppenburg sich in seiner nächsten Sitzung mit dem Ausbau der Elisabeth-Schule in Friesoythe beschäftigen wird, dort sind größere Baumaßnahmen geplant.

Ratsherr Eike Baran fragt sich was der Unterschied zu einer anderen Grundschule ist, da diese grundsätzlich nunmehr alle inklusiv sein müssen.

Lehrervertreter Tobias Bögershausen schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und die Planungen an der Elisabethschule abzuwarten, um dann zu prüfen ob eine inklusive Schule des Caritas-Vereins notwendig ist.

Bürgermeister Sven Stratmann erklärt, dass der Antrag des Caritas-Vereins ungenau ist und daher von dort zunächst ein Konzept erarbeitet werden sollte, über das zu einem späteren Zeitpunkt dann entschieden werden kann.

Ratsherr Hubert Schrand gibt zu bedenken, dass das Konzept nach Beschlussvorlage in Zusammenarbeit mit der Verwaltung erarbeitet werden soll, welches dort Kräfte bündelt.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediars erklärt, dass dies so gewollt ist, um von vornherein ein Mitspracherecht zu haben. Vielleicht ist ein solches Konzept für die kleinen Grundschulen interessant. Der Caritas-Verein sollte ein Konzept im Schulausschuss vorstellen, sobald eins erarbeitet wurde.

Der Schulausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig:

Die Verwaltung erhält den Auftrag in Zusammenarbeit mit dem Caritas-Verein Altenoythe e.V. ein Konzept für eine inklusive Schule vorzubereiten. Über die Umsetzung wird nach Prüfung des gesamtstädtischen Bedarfs entschieden.

TOP 16 Anfragen und Anregungen

-keine-

Wilhelm Bohnstengel
Ausschussvorsitzender

Heidrun Hamjediars
Erste Stadträtin

Marina Meemken
Protokollführerin